



**Hubert Hüppe**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 – 227 – 72793  
Email [hubert.hueppe@bundestag.de](mailto:hubert.hueppe@bundestag.de)  
Internet: [www.huberthueppe.de](http://www.huberthueppe.de)

Hubert Hüppe MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin

Berlin, den 20.04.2023

### **Erklärung zur Abstimmung gemäß § 31 GO zu TOP 25 a) am 20.04.2023**

Ich stimme gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung „Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts BT-Drucksache 20/5664“. Der Entwurf lässt einige gute Ansätze erkennen, wie die Einführung einer 4. Staffel bei der Ausgleichsabgabe, vernachlässigt auf der anderen Seite jedoch wichtige Themen wie das Budget für Ausbildung, das nach über drei Jahren immer noch nicht ansatzweise funktioniert. Ferner fehlt dem Gesetzentwurf eine rechtliche Regelung zum Anspruch auf Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und eine Senkung der bürokratischen Hürden für inklusive Ausbildung, wie zum Beispiel die Rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation für Ausbilderinnen und Ausbilder (REZA). Letztendlich entscheidend für meine Ablehnung des Gesetzentwurfs ist jedoch die Abschaffung der Bußgeldvorschrift des § 238 Absatz 1 Nummer 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX), womit die Sanktionierung für Unternehmen völlig entfällt. Durch die Bußgeldregelung können Unternehmen sanktioniert werden, die ihrer Beschäftigungspflicht vorsätzlich oder fahrlässig nicht nachkommen. Dem Interessenskonflikt der Bundesagentur für Arbeit beim Sanktionieren potenzieller Arbeitgeber könnte durch eine Verlagerung der Zuständigkeit zum Zoll Rechnung getragen werden, was zu einer wesentlichen Stärkung dieses Instruments führen würde.

Gleichzeitig stimme ich auch gegen den Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion Drucksache 20/6444, obwohl dieser gute Forderungen wie die Beibehaltung der Bußgeldregelung oder die Beseitigung von Hürden für die inklusive Ausbildung beinhaltet. Der im Entschließungsantrag geforderten Ablehnung der Einführung einer 4. Staffel in der Ausgleichsabgabe kann ich jedoch nicht zustimmen.

Hubert Hüppe MdB